Islam und Umweltfragen: Bischöfe beraten über politische Themen

28. September 2017

„Schlafender Riese beim Umweltschutz“ Von Michael Jacquemain (KNA) Fulda (KNA) Erst Islam und Terrorismus, jetzt Umweltschutz.

Die Herbstvollversammlung der 67 katholischen deutschen Bischöfe ist stark von politischen Themen geprägt – und das dürfte auch so bleiben. Denn es steht zu erwarten, dass sich der Konferenzvorsitzende Reinhard Marx zum Abschluss des Treffens am Donnerstag auch noch einmal zum Umgang der Kirche mit der AfD äußern wird. Am Mittwoch hatten sich die Bischöfe mit Hans Joachim Schellnhuber einen hochkarätigen Referenten eingeladen. Der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung sprach über Ursachen und Folgen des Klimawandels. Mit Blick auf die Wirbelstürme der vergangenen Wochen betonte er, wer den Klimawandel leugne, müsse blind sein. Manche Menschen hierzulande hätten zwar „fast hysterische Angst vor den Mitmenschen, die bei uns Zuflucht suchen, aber nicht vor einer der Hauptursachen der modernen Völkerwanderung“.

In Richtung der Vereinigten Staaten und deren zaudernder Haltung zum Pariser Klimaabkommen sagte Schellnhuber, dass Präsident Donald Trump zwar ein „gefährlicher Mensch“, dessen Einfluss auf die Bekämpfung des Klimawandel aber eher begrenzt sei. Doch die Kirche sieht sich spätestens seit dem päpstlichen Lehrschreiben zu Umweltfragen aus dem Jahr 2015 auch selbst in der Pflicht zum Handeln. Entsprechend kündigten die Bischöfe in Fulda ein noch stärkeres Engagement an. Sie wollen dazu beitragen, persönliche, gesellschaftliche und politische Leitbilder zu wandeln. Die Kirche selbst müsse ein Ort „der Sensibilisierung für einen umweltbewussten und solidarischen Lebensstil“ sein.

Der in der Konferenz für Öko-Themen zuständige Freiburger Weihbischof Bernd Uhl nannte die Kirche einen „schlafenden Riesen beim Thema Umweltschutz“. Als Großorganisation verfüge sie auch über finanzielle Mittel, um zur Verminderung des CO2-Ausstoßes beizutragen. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für gesellschaftliche Fragen, Bischof Franz-Josef Overbeck, betonte zugleich, die Kirche stehe nicht am Anfang ihres ökologischen Engagements. Als mögliche weitere Schritte nannte er ein nachhaltiges Gebäudemanagement, klimasensible Energiekonzepte und die Prüfung einer CO2-Kompensation für Flugreisen bis hin zu den „kleinen alltäglichen Dingen“, wie, wo und was gekauft wird. Overbeck betonte Richtung Berlin, für die neue Regierung müssten ökologische Fragen hohe Priorität haben. Schlicht sagte es der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Stephan Ackermann: Die Richtung laute „Gut leben statt viel haben“.

Weiter reden statt den Dialog abbrechen: So hieß am Dienstag die Marschrichtung für den Dialog mit den Muslimen: Trotz einer nüchternen Bestandsaufnahme soll der christlich-islamische Gesprächsfaden nicht unterbrochen werden. Es sei nicht sinnvoll, eine Religion allgemein als gewaltbereit zu sehen, so der Vorsitzende der Unterkommission für

interreligiösen Dialog, Bischof Georg Bätzing. Zugleich nannte er fundamentalistische Strömungen und den innerislamischen Umgang damit irritierend. Es sei schmerzlich, dass kriminelle Extremisten sich auf eine Religion beriefen.

Als deutlich erschwert nehmen die Bischöfe nach dem Putschversuch in der Türkei die Gespräche mit dem deutsch-türkischen Moscheeverband Ditib wahr. Doch auch der soll weiter gehen. Am Donnerstag, nach Abschluss des Treffens, steht wieder ein Pressestatement des Vorsitzenden der Konferenz, Kardinal Reinhard Marx, an. Am Montag hatte er noch allgemein die Abgeordneten des neuen Bundestags zu „verbaler Abrüstung“ aufgerufen und verlangt, sie sollten auf eine „Sprache der Abgrenzung und Hasses“ verzichten. Auch auf Nachfrage wollte sich der Kardinal nicht näher zum Wahlerfolg der rechtspopulistischen AfD äußern. Möglich, dass sich das ändert. Denn inzwischen ergriff Marx vor der Vollversammlung das Wort und sprach über den weiteren Umgang seiner Kirche mit den Rechtspopulisten.

(KNA – rktmr-89-00114)

Stand: 17. November 2026